



Jugendforschung

Viktoria Spaiser

## Neue Partizipations- möglichkeiten?

Wie Jugendliche mit und  
ohne Migrationshintergrund  
das Internet politisch nutzen

**BELTZ** JUVENTA

Leseprobe aus: Spaiser, Neue Partizipationsmöglichkeiten?, ISBN 978-3-7799-2461-6  
© 2013 Beltz Verlag, Weinheim Basel

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2461-6>

# Kapitel 2

## Politische Beteiligung und die Rolle des Internets – Forschungsstand

Die politische Internetnutzung von jungen Menschen mit einem Fokus auf Minderheitengruppen sollte in einem größeren Kontext betrachtet werden, denn politische Internetnutzung ist eine Form politischer Beteiligung. Daher ist es aufschlussreich, auch Ergebnisse zum allgemeinen politischen Engagement junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund hinzuziehen, um beispielsweise Einflussvariablen zu identifizieren oder Zusammenhänge zwischen allgemeinem und digitalen politischen Engagement zu erkennen. Aus diesem Grund werden im Folgenden nicht nur Befunde zur politischen Internetnutzung von jungen Menschen und von Minderheiten (Menschen mit Migrationshintergrund) dargestellt, auch wenn hierauf der Fokus liegt, sondern auch Ergebnisse zum allgemeinen politischen Engagement von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

### 2.1 Politische Beteiligung bei jungen Menschen

In Deutschland werden seit den 1950er-Jahren in regelmäßigen Abständen im Rahmen der repräsentativen Shell-Jugendstudie u. a. das politische Verhalten und die politischen Einstellungen von Jugendlichen erhoben.<sup>3</sup> Ein Trend, der in diesem Zusammenhang immer wieder zur Sprache kommt, ist die Beobachtung, dass – bei aller Befürwortung der Demokratie – das politische Interesse bei den deutschen Jugendlichen seit Mitte der 1990er-Jahre immer weiter gesunken ist und erst seit 2006 wieder ein sehr leichter Anstieg zu verzeichnet ist. Dabei wird die Sorge geäußert, dieses Desinteresse sei schädlich für die demokratische Verfasstheit des Landes (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2010: 49f.).

---

3 Der Datensatz der Shell-Studie von 2010 umfasst auch Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit einem Anteil von 21 % in West- und 11 % in Ost-Deutschland (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2010: 366).

2010 gaben 40 % der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren an, politisch interessiert zu sein. Dabei ist das Interesse an Politik seit 2002, als nur 34 % der Jugendlichen politisches Interesse bekundet haben, gestiegen. Dennoch ist der Anteil politisch interessierter Jugendlicher im Vergleich zu den 1980er-Jahren, als noch 55 % der Jugendlichen sich politisch interessiert zeigten, vergleichbar gering. In der Tendenz sind ältere, männliche und gut gebildete Jugendliche stärker an Politik interessiert. Auch das politische Interesse der Eltern hat einen positiven Effekt (ebd.: 130f.). Im europäischen Vergleich liegen die deutschen Jugendlichen mit ihrem politischen Interesse allerdings relativ weit vorne; lediglich die Jugendlichen in den Niederlanden, in Schweden und Österreich weisen ein höheres politisches Interesse auf, das jeweils über 50 % liegt. Auch weisen deutsche Jugendliche einen überdurchschnittlichen politischen Kenntnisstand im europäischen Vergleich auf, wenngleich die Niederlanden, Schweden, Österreich sowie Portugal und Ungarn weiter vorne liegen (Fahmy 2006: 95f.).

Zahlreiche Forscher haben die These über eine Jugend, die das Interesse an Politik verloren hat,<sup>4</sup> immer wieder kritisiert. So meint z.B. Nicole Pfaff, dass zahlreiche Ergebnisse darauf hindeuten, dass trotz der attestierten Politikverdrossenheit im Zusammenhang mit staatlicher Politik die Jugendlichen durchaus „politischen Gestaltungswillen“ zeigen (Pfaff 2006: 32). Unter Bezugnahme auf Ursula Hoffmann-Lange (1995) erklärt Pfaff weiter, dass insbesondere eine ausgeprägte Kritikbereitschaft zu beobachten sei, während die (klassische) Partizipationsbereitschaft in der Tat eher gering ausfalle (Pfaff 2006: 32).

Im Zusammenhang mit dem Desinteresse der Jugendlichen an klassischer Regierungs- und Parteien-Politik wurde auch mehrfach festgestellt, dass Jugendliche unkonventionelle Beteiligungsformen wie Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen gegenüber klassischen Partizipationsformen wie Parteimitgliedschaft bevorzugen (vgl. u. a. Gaiser/de Rijke 2000: 278). Weitaus mehr Jugendliche können sich vorstellen, sich an diversen politischen Aktivitäten zu beteiligen, als vor dem Hintergrund des bekundeten politischen Interesses zu vermuten wäre (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2010: 135). 77 % der Jugendlichen sind z.B. bereit, sich bei politischen Themen, die ihnen persönlich wichtig sind, an einer Unterschriftenaktion zu beteiligen, und 59 % davon haben dies auch schon einmal getan. Damit haben insgesamt 45 % der Jugendlichen schon einmal an einer Unterschriftenaktion teilgenommen. Bereitschaft an einer Protestversammlung teilzunehmen, be-

---

4 Die These von der politikverdrossenen Jugend wurde bereits Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre formuliert (vgl. Sander 1995) und seitdem immer wieder neu vorgebracht. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und Nordamerika (vgl. Jamieson/Grundy 2005; Pickel 2002).

kunden 44 % der Befragten, und 45 % von jenen, die es sich vorstellen können, waren auch schon mindestens einmal bei einer Protestversammlung dabei. Insgesamt sind es 20 % aller Jugendlichen. In einer Partei oder politischen Gruppe aktiv zu werden, können sich dagegen lediglich 17 % der Befragten vorstellen und wiederum nur 13 % von diesen Jugendlichen sind auch tatsächlich in einer Partei oder politischen Gruppe involviert, also lediglich 2 % der Jugendpopulation. Bei einer Summierung diverser Aktivitäten zu einem Index, der eine allgemeine Bereitschaft zu politischen Aktivitäten abbildet, zeigt sich, dass nur für 8 % der Jugendlichen keine der Aktivitäten in Frage kommen, und bei weiteren 15 % ist nur eine geringe Bereitschaft feststellbar. 18 % der Jugendlichen gehören wiederum zu der Gruppe mit hoher Bereitschaft, sich an politischen Aktionen zu beteiligen (ebd.: 146 ff.).

Auch im Vergleich zur Erwachsenenpopulation lässt sich eine Präferenz für unkonventionelle Beteiligungsformen unter Jugendlichen feststellen. In der Erwachsenenpopulation dominiert insbesondere die Partizipation im Rahmen der Staatsbürgerrolle, z.B. Beteiligung an Wahlen (ca. 90 % der Befragten ab 30 Jahren), so Markus Klein (2006). Dies gilt zwar auch für Jugendliche und junge Erwachsene (85 % Staatsbürgerrolle unter den 18- bis 29-Jährigen), aber Klein stellt auch fest, dass es unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen z.B. eine höhere Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam (20 % der 18- bis 29-Jährigen, bei Befragten ab 30 Jahren lediglich 8,7 %) als zur parteiorientierten Partizipation (15 % der 18- bis 29-Jährigen, bei Befragten ab 30 Jahren 13 %) gibt (ebd.: 299). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Partizipationspräferenzen Jugendlicher und junger Erwachsener auf eine konstante, langfristige Veränderung politischer Beteiligung hinauslaufen oder ob die Unterschiede eher mit den unterschiedlichen Lebensphasen einhergehen, also z.B. ob in der Jugendphase eher unkonventionelles politisches Verhalten gezeigt wird. Für eine konstante längerfristige Veränderung spricht, dass in Trendanalysen, z.B. mit ALLBUS-Daten<sup>5</sup>, unabhängig vom Alter eine Zunahme der Beteiligung an unkonventionellen, politischen Partizipationsformen zu beobachten ist (Norris 2003; Rucht 2009; van Deth 2009: 150).

Mithilfe von Regressionsanalysen konnten die Forscher der Shell-Jugendstudie ermitteln, dass eine höhere Bereitschaft, an politischen Aktivitäten teilzunehmen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Interesse an Politik als wichtigstem Erklärungsfaktor steht. Von Bedeutung ist zudem das Geschlecht, denn weibliche Jugendliche sind eher zu politischen Aktivitäten

---

5 Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ist ein repräsentativer Survey für Deutschland, der alle zwei Jahre durchgeführt wird. Erhoben werden Daten zu Einstellungen, Verhaltensweisen und zur Sozialstruktur (vgl. <http://www.gesis.org/allbus>, 13.03.2012).

bereit, und höhere Bildung. Der Befund, dass weibliche Jugendliche sich partizipationsbereiter zeigen, ist in der Tat interessant, denn zugleich geben weibliche Jugendliche seltener an, politisch interessiert zu sein.<sup>6</sup> Offenbar, so die Autoren der Studie, assoziieren weibliche Jugendliche mit dem Begriff „Politik“ primär männlich dominierte Regierungspolitik. Sie haben aber durchaus ein Interesse an politischen Themen, die Engagement auch jenseits von Parteien- und Regierungspolitik ermöglichen (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2010: 150f.). Jugendliche, die sich selbst als politisch links positionieren, scheinen eine größere politische Teilnahmebereitschaft zu entwickeln. Eine besonders geringe Bereitschaft sich politisch zu engagieren, beobachten die Forscher bei jungen Menschen mit niedriger Schulbildung, die sich entweder politisch rechts positionieren oder ihre politische Orientierung gar nicht einschätzen können und die sich zudem politisch uninteressiert zeigen (ebd.: 150). Der Zusammenhang zwischen hoher Bildung und politischer Beteiligung wird auch in anderen Studien immer wieder betont.<sup>7</sup> Ziegler interpretiert dieses Ergebnis als einen Widerspruch zwischen dem Ausmaß an Ungerechtigkeitsempfinden und dem Ausmaß an Protestverhalten. Denn, gestützt auf diverse empirische Ergebnisse, findet er insbesondere bei den weniger privilegierten Teilen der Gesellschaft ein hohes Maß an Ungerechtigkeitsempfinden vor (Ziegler 2011: 103) und dieses Gefühl von Ungerechtigkeit gilt im Rahmen von soziologischen Rational-Choice-Theorien zur politischen Partizipation als Antrieb für politischen Protest (vgl. u. a. Opp/Finkel 2001). In der Tat wurde ein Zusammenhang zwischen Ungerechtigkeitsempfinden und politischem Aktivismus empirisch schon mehrfach nachgewiesen (vgl. u. a. Barnes/Farah/Heunks 1979; Opp/Finkel 2001).<sup>8</sup>

---

6 In der Sozialwissenschaft wurde die geringere politische Beteiligung von Frauen, insbesondere in der konventionellen Politik, ausgiebig diskutiert. An dieser Stelle sei daher auf weiterführende Literatur verwiesen (vgl. u. a. Geißel 2004; Phillips 1991; Sauer 1994). Erwähnt sei nur, dass sich empirisch gezeigt hat, dass Frauen ihre politischen Kompetenzen niedriger einschätzen als Männer, was sich wiederum negativ auf die politische Partizipation auswirkt (vgl. Burdewick 2003).

7 Der positive Zusammenhang zwischen Bildung und politischer Beteiligung gilt allerdings nicht für alle Formen politischer Aktivitäten. So stellt die Shell-Studie von 2010 z. B. fest, dass sich in Gewerkschaften vergleichsweise viele Jugendliche mit geringer formaler Bildung engagieren (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2010: 156). Zudem partizipieren in Ländern mit stark aufgestellten Gewerkschaften Menschen mit geringerem sozioökonomischem Status häufiger, da es Gewerkschaften gelingt, diese Menschen politisch einzubinden (vgl. Milbrath 1981).

8 Andere Untersuchungen haben jedoch auch herausgestellt, dass der Zusammenhang zwischen *grievance* im Sinne relativer Deprivation und politischer Beteiligung sowie zwischen politischer Unzufriedenheit und politischer Beteiligung schwach bis insignifikant ist (van Deth 2009: 154). Dies scheint jedoch zumindest zum Teil in

Generell werden zwei Formen von Ungerechtigkeitsempfinden unterschieden: das ergebnis- und das ordnungsbezogene Ungerechtigkeitsempfinden. Das ergebnisorientierte Ungerechtigkeitsempfinden wird mit relativer Deprivation in Verbindung gebracht. Klassisch geht es dabei meist um ungerechte Verteilungen von materiellen Ressourcen (z. B. Einkommen). Bei der relativen Deprivation wird der eigene Mangel als ungerechtfertigt wahrgenommen, insbesondere im Vergleich mit anderen sozialen Gruppen, die das Gut bereits haben. Doch darüber hinaus können auch Ungerechtigkeitsempfindungen entstehen, wenn die geltenden Verteilungsregeln selbst als ungerecht empfunden werden. In diesem Fall wird von ordnungsbezogener Ungerechtigkeit gesprochen (Lengfeld/Liebig/Märker 2000: 6 ff.).

Es wurde festgestellt, dass Menschen, die ein ordnungsbezogenes Ungerechtigkeitsempfinden entwickelt haben, entweder mit politischem Rückzug oder mit unkonventioneller politischer Beteiligung reagieren. Menschen, die eine ergebnisbezogene Ungerechtigkeit empfinden, aber in die Verteilungsregeln vertrauen, sind wiederum bereit, sich konventionell politisch einzubringen. Glauben Menschen jedoch, dass sie selbst relativ depriviert sind und dass die Verteilungsregeln ungerecht sind, sind sie bereit, auch extreme (illegale) politische Partizipationsformen zu wählen (ebd.: 11 ff.).

Jonathan Fox (2001) hat außerdem *grievance*, ein Empfinden, dass einem Unrecht widerfahren ist, im Zusammenhang mit erfahrener Diskriminierung untersucht und getestet, ob *grievance* im Zusammenhang mit Diskriminierung zu einer politischen Mobilisierung führt und fand bedeutsame Effekte. Ein Zusammenhang zwischen *grievance* und politischen Aktivitäten wurde zudem auch von Karl-Dieter Opp (1988) festgestellt. Zugleich wurde immer wieder beobachtet, dass die weniger Privilegierten seltener politisch aktiv werden als die sozioökonomisch Bessergestellten (Ziegler 2011: 103 f.).

Ziegler glaubt, dass politisches Aktionsverhalten eine spezifische Form von Ermächtigung voraussetzt, die er in Anlehnung an Jean-Michel Bonvin (2009) „*Capability of voice*“ nennt. Diese *capability* ermöglicht den Menschen, die eigene Meinung auf unterschiedlichste Art und Weise zu artikulieren und dafür zu sorgen, dass sie in der politischen Öffentlichkeit auch gehört und ernst genommen werden (Ziegler 2011: 104, 107). Gewissermaßen handelt es sich also um eine erweiterte Form der subjektiven politischen Wirksamkeitserwartung (*political efficacy*), einer im Rahmen der Rational-Choice-Theorie zur Erklärung politischer Beteiligung wichtigen Variablen, denn es ist nur dann rational, aktiv zu werden, wenn zumindest subjektiv

---

der Operationalisierung von *grievance* (relativer Deprivation) und politischer Unzufriedenheit begründet zu sein (vgl. Opp/Finkel 2001).

die Ansicht vertreten wird, dass es möglich ist, mit Engagement politische Ziele zu erreichen (vgl. Opp 2004).

Das Gefühl der Ermächtigung sei jedoch ungleich verteilt, so Ziegler. Menschen mit Zugang zu höherer Bildung entwickeln diese *capability* viel häufiger, da sie in stärkerem Maße Zugang zu den hierfür notwendigen Ressourcen haben und häufiger in ihrem Umfeld Gelegenheitsstrukturen vorfinden, wo diese Ressourcen zur Anwendung kommen können und wo sich die *capability of voice* dementsprechend entwickeln kann (Ziegler 2011: 107, 109). Hier kommen also Ressourcen ins Spiel, denen in zahlreichen Studien eine zentrale Rolle bei der Erklärung politischen Engagements zugesprochen wird. Doch diese Ressourcen beeinflussen nach Ziegler politisches Engagement nicht nur direkt positiv, sondern auch indirekt, indem sie die Ausbildung der *capability* ermöglichen. In diesem Zusammenhang kann Ungerechtigkeitserfahrung nur dann in Protest und andere Formen politischer Partizipation münden, wenn ein Ermächtigungsempfinden vorliegt (ebd.: 109), das wiederum diverse Ressourcen voraussetzt. So ist nicht verwunderlich, dass es nicht relativ Deprivierte sind, die sich politisch einmischen, sondern vielmehr junge Menschen, die den Eindruck haben, in großem Maße über ihr Leben selbst bestimmen zu können, Möglichkeiten zur Mitsprache sehen und auch mit ihrer finanziellen Ausstattung zufrieden sind (ebd.: 100).

Darüber hinaus vermutet Ziegler, dass auch Sozialisierungseffekte für die unterschiedliche Verteilung des Ermächtigungsempfindens und damit für die Partizipationsunterschiede verantwortlich sind.<sup>9</sup> Er spricht von einer „klassenhabituellen Haltung“ in Bezug auf einen „Berechtigungs- bzw. Beschränkungssinn“. Das Ermächtigungsgefühl stehe in einem Zusammenhang mit dem Berechtigungsinn, also dem Empfinden, berechtigt zu sein, die eigene Stimme zu erheben. Demgegenüber steht der Beschränkungssinn, das Bedürfnis, sich zurückzuhalten und die eigene Stimme nicht zu artikulieren. Beide Haltungen seien in klassenmilieuspezifischen Sozialisierungsprozessen erlernt und bilden „materiale Berechtigungs- und Beschränkungserfahrungen“ ab (ebd.: 109f.).

---

9 Sozialisation wird als ein „Prozess der Entwicklung eines Menschen in Auseinandersetzung mit der sozialen und materiellen Umwelt („äußere Realität“) und den natürlichen Anlagen und der körperlichen und psychischen Konstitution („innere Realität“)“ verstanden (Rost 2001: 669). Politische Sozialisation ist als Teildimension der Sozialisation zu begreifen und meint einen „Entwicklungsprozess, in dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene politische Orientierungen, Normen und Handlungsweisen in der Interaktion mit ihrer sozialen Umwelt erwerben“ (Hopf/Hopf 1997: 7).

In der Tat hat Schichtzugehörigkeit, die mit Bildung im Zusammenhang steht, auch messbare Auswirkungen auf gesellschaftspolitisches Engagement. 50 % der Jugendlichen, die der Oberschicht angehören, sind „oft“ sozial oder politisch aktiv. In der oberen Mittelschicht sind es 46 % und in der Mittelschicht und unteren Mittelschicht jeweils 37 %, während in der Unterschicht nur 22 % der Jugendlichen sich „oft“ engagieren (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2010: 154f.).

Das Ungerechtigkeitsempfinden muss generell aber nicht nur bei Unterprivilegierten in hohem Maße ausgeprägt sein. Menschen, die sozioökonomisch besser gestellt und besser gebildet sind, können ebenso ein starkes Ungerechtigkeitsempfinden (sowohl ergebnis- als auch ordnungsbezogen) entwickeln, selbst wenn sie selbst von der Ungerechtigkeit nicht unmittelbar betroffen sind, sondern, wie z. B. die Globalisierungskritiker die globale Ungerechtigkeit als untragbar empfinden (vgl. Möller et al. 2009). Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, dass die Forscher der Shell-Jugendstudie feststellen, dass insbesondere „idealistisch orientierte“ Jugendliche zu politischen Aktionen bereit sind. Sie folgern,

„dass eine vorhandene subjektive politische Kompetenz im Kontext mit einem kritischen Blick auf gesellschaftliche Problemstellungen, einem persönlichen Unrechtsbewusstsein als moralischem Maßstab sowie der Bereitschaft, sich jenseits von eigenen Karrieremotiven auch für andere einzusetzen, eher die Bereitschaft fördert, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen“ (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2010: 151).

Bei eigener Betroffenheit bzw. persönlicher Identifizierung mit bestimmten gesellschaftlichen Problemen sehen die Autoren der Studie also durchaus Potenzial zur politischen Mobilisierung bei Jugendlichen, die entsprechende Kompetenzen und Ressourcen mit sich bringen. Weniger ausgeprägt ist dagegen die Bereitschaft, sich längerfristig und verbindlich politisch einzumischen, z. B. in Parteien (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich aus den empirischen Befunden also folgern, dass die gegenwärtige Jugend zwar nicht hochgradig politisiert ist und insbesondere zur institutionalisierten Politik von Parteien und Regierung ein eher distanzierendes Verhältnis pflegt, doch zugleich bei diversen gesellschaftspolitischen Themen Anlass zum Engagement sieht. Dabei bevorzugen Jugendliche tendenziell unkonventionellere Beteiligungsformen mit eher geringer institutioneller Anbindung. Wenn Engagement im Rahmen von organisierten Gruppen erfolgt, so meist über lokale und teilweise selbst organisierte Gruppen. Befunde, wonach politisches Engagement mit diversen sozio-demografischen, bzw. sozioökonomischen Variablen wie Alter, Soziallage, Geschlecht und Bildung zusammenhängt, wären auch für das



politische Engagement im Internet zu überprüfen. Der Zusammenhang zwischen Ungerechtigkeitsempfinden und politischer Beteiligung einerseits sowie politischer Wirksamkeit bzw. *capability* (Ermächtigung) und politischem Engagement andererseits, ist für die politische Internetnutzung vermutlich ebenfalls von Bedeutung.

## 2.2 Politische Beteiligung bei (jungen) Menschen mit Migrationshintergrund

Lange Zeit herrschte in der europäischen Migrationsforschung die These von den politisch passiven Immigranten vor. „Gastarbeiter“ galten als unpolitisch (Martiniello 2006: 85). In Deutschland lag dies sicherlich auch daran, dass die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund stark restringiert war, da die Menschen lange Zeit keine Möglichkeit hatten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, die es ihnen erlaubt hätte, in vollem Umfang zu partizipieren (Diehl 2004: 236).<sup>10</sup> Unter Berücksichtigung unkonventioneller Partizipationsformen zeigte sich in Studien jedoch, dass Menschen mit Migrationshintergrund durchaus politisch aktiv sind. Zudem wurde festgestellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Fällen bereits in ihren Herkunftsländern politisiert wurden. Mit ihrer Migration versuchten nicht wenige, diktatorischen Regimen (z. B. Franco-Regime in Spanien, Militärherrschaft in Griechenland) zu entfliehen (Martiniello 2006: 86). Die Art der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist jedoch von politischen Gelegenheitsstrukturen und von Inklusions-Exklusions-Mechanismen abhängig (ebd.: 88). So lässt sich seit den Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts beobachten, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich verstärkt in die konventionelle Politik einbringen (vgl. Oppong 2011).

Hinsichtlich des politischen Verhaltens von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die Befundlage eher dünn. Eine der wenigen Studien, die sich in Deutschland tatsächlich ausführlich und differenziert mit dem

---

10 Erst seit den frühen 1990er-Jahren haben Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Seit Januar 2000 ist das reformierte Einbürgerungsrecht in Kraft. Dieses besagt, dass in Deutschland geborene Kinder, deren Väter oder Mütter mindestens seit acht Jahren in Deutschland leben, automatisch die deutsche und die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern erhalten, wobei sie sich dann bis zu ihrem 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Voraussetzung für die deutsche Staatsbürgerschaft ist eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis. Zudem müssen die Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können (Diehl 2004: 236 ff.) und mittlerweile auch einen Einbürgerungstest bestehen.

gesellschaftspolitischen Verhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund befasst hat, ist der Ausländersurvey des Deutschen Jugendinstituts (DIJ) von 1996/1997, dessen Befunde (vgl. Weidacher 2000; Gille/Krüger 2000) aber nicht mehr aktuell sind.

Zudem liegen Ergebnisse für türkeistämmige und italienstämmige junge Menschen (18- bis 30-Jährige) aus dem (nicht repräsentativen) Integrations-survey von 2000 vor. Im Rahmen der Studie wurde festgestellt, dass 49,8% der jungen Deutschen politisch aktiv sind, während es bei den türkeistämmigen Befragten lediglich 36,7% und unter den italienstämmigen Befragten 38,6% sind (Diehl 2004: 243 f.). Claudia Diehl stellte fest, dass diese Unterschiede auch unter Kontrolle sozio-demografischer Variablen wie Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss bestehen und signifikant bleiben (ebd.: 246).

Etwas neuere Forschungsergebnisse zum politischen Denken und Handeln von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bietet, wenn auch in deutlich geringerem Umfang, das Deutsche Jugendinstitut im Rahmen der dritten Erhebungswelle von 2003. In dieser Studie wurden die Partizipationsdifferenzen zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, die in früheren Studien ausgemacht wurden, etwas relativiert. Befragt wurden 12- bis 29-Jährige. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund wurde in der Studie aufgrund geringer Fallzahlen nicht mehr nach ethnischer bzw. nationaler Gruppenzugehörigkeit differenziert, aber danach, ob die Jugendlichen selbst im Ausland geboren sind (erste Generation) oder lediglich ihre Eltern (mindestens ein Elternteil) nach Deutschland migriert sind, während sie selbst in Deutschland geboren sind (zweite Generation) (Gaiser/de Rijke 2006: 264).

Erfragt wurde bei den 16- bis 29-Jährigen u. a. die Mitgliedschaft in diversen politischen und gesellschaftlichen Organisationen. Es zeigt sich, dass die Jugendlichen der zweiten Generation deutlich häufiger Mitglied in diversen Verbänden und Organisationen sind als die Jugendlichen der ersten Generation. In der Tat scheint es, dass die Jugendlichen der zweiten Generation in vergleichbarem Maße Mitglieder in diversen Organisationen werden wie autochthone Jugendliche. Das Interesse an Parteien ist dabei bei allen Jugendlichen gleichermaßen niedrig (ebd.: 265 f.). Sowohl für deutsche als auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund gilt, dass ein höherer Bildungsstatus mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, Mitglied in einer politischen Organisationen zu sein (ebd.: 271).

Neben der Mitgliedschaft in formalen Organisationen wurde auch erhoben, inwiefern Jugendliche und junge Erwachsene (16- bis 29-Jährige) in informellen Gruppierungen aktiv werden. Die Unterschiede zwischen den Jugendlichen sind hier viel geringer ausgeprägt als in Bezug auf formale Mitgliedschaften. So sind 26% der autochthonen jungen Menschen in einer informellen Gruppierung aktiv. Bei den Jugendlichen mit Migrationshinter-

grund – sowohl der ersten als auch der zweiten Generation – sind es jeweils 20% (ebd.: 268f.).

Des Weiteren wurde die Bereitschaft zur politischen Partizipation bei den 16- bis 29-Jährigen erhoben. In Tabelle 1 sind einige Ergebnisse der Studie dargestellt. Insgesamt zeigen sich zwar Unterschiede nach Migrationshintergrund, doch sie sind nicht besonders groß, zumindest zwischen autochthonen Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der zweiten Generation.

**Tabelle 1: Partizipationsbereitschaft bei 16- bis 29-Jährigen mit und ohne Migrationshintergrund (Häufigkeit in Prozent)**

| <b>Bereitschaft</b>                             | <b>1. Generation</b> | <b>2. Generation</b> | <b>Einheimische</b> |
|---|----------------------|----------------------|---------------------|
| Beteiligung an Wahlen                           | 84                   | 88                   | 95                  |
| Briefe/Mails an Politiker schreiben             | 23                   | 29                   | 35                  |
| Teilnahme an öffentlichen Diskussionen          | 36                   | 46                   | 50                  |
| Aktive Parteiarbeit                             | 14                   | 20                   | 21                  |
| Mitarbeit in Bürgerinitiativen                  | 29                   | 28                   | 39                  |
| in anderen politischen Gruppierungen mitmachen  | 13                   | 17                   | 18                  |
| Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen | 69                   | 77                   | 83                  |
| Teilnahme an genehmigter Demonstration          | 47                   | 57                   | 62                  |
| Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration    | 15                   | 21                   | 21                  |
| Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik          | 36                   | 45                   | 42                  |
| Beteiligung an Boykotten                        | 21                   | 26                   | 28                  |

Quelle: Gaiser/de Rijke (2006): 270.

Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, sind in vielen Bereichen nahezu in gleichem Maße und teilweise sogar noch stärker (z. B. bei gewerkschaftlichen Streiks) bereit, politisch aktiv zu werden, wie die jungen Deutschen ohne Migrationshintergrund. Die größten Unterschiede in der Partizipationsbereitschaft zwischen jungen Menschen mit (beide Generationen) und ohne Migrationshintergrund zeigen sich bei der Mitarbeit in Bürgerinitiativen. Offenbar finden autochthone Jugendlichen einen leichteren Zugang zu diesen als Jugendliche mit Migrationshintergrund. Etwas verhaltener im Vergleich zu den deutschen Jugendlichen zeigen sich die Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch in der zweiten Generation noch bei Wahlen, bei der Kontaktaufnahme zu Politikern über Brief oder E-Mail oder bei der Teilnahme an öffentlichen Diskussionen. Die

Unterschiede sind zwischen der zweiten Generation und den deutschen Jugendlichen aber gering (ebd.: 270). Die generell geringere politische Beteiligung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund der ersten Generation ist vermutlich größtenteils auf die strukturellen und sprachlichen Hürden zurückzuführen.

Da es keine weiteren Studien zum politischen Verhalten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gibt, soll auf zwei Studien eingegangen werden, die sich mit dem gesellschaftspolitischen Verhalten von Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen befassen. Diese Studien sollen hier aufgearbeitet werden, da sie Befunde und Zusammenhänge berichten, die für die hier aufgeworfenen Fragen von großem Interesse sind.

Ein großer Teil der Studien zur politischen Partizipation von ethnischen Minderheiten in Deutschland legt den Fokus auf Migrantenselbstorganisationen<sup>11</sup> und die Frage, wie sich die Partizipation in solchen zivilgesellschaftlichen<sup>12</sup> Organisationen auf die Integration auswirkt (vgl. Übersicht über diverse Studien bei Cyrus 2005), was jedoch eine verengte Perspektive darstellt.<sup>13</sup> In der Migrationsforschung wird nun immer häufiger eine transnationale Perspektive eingenommen (vgl. Hepp/Bozdag/Suna 2011). Es wird beobachtet, dass die gegenwärtige Migration mit transmigrantischer Gemeinschaftsbildung, deterritorialen kollektiven Identitäten und post-nationalstaatlichen Zugehörigkeitsempfindungen einhergeht (Martinello 2006: 99). Entsprechend müsste die politische Partizipation in diesem transnatio-

---

11 Es wird geschätzt, dass es deutschlandweit ca. 30 000 formale und informale Migrantenselbstorganisationen gibt. Insbesondere zu informellen Organisationsstrukturen fehlen jedoch empirische Erkenntnisse. Häufig sind es politische Themen mit Herkunftslandorientierung oder herkunftslandbezogene Wohlfahrtsbemühungen, die in solchen Zusammenschlüssen im Zentrum stehen, aber auch spezifische Problembewältigung im neuen Heimatland Deutschland spielt häufig eine große Rolle (Cyrus 2005: 37 ff.).

12 Das Konzept der Zivilgesellschaft ist ein stark umstrittenes, zumal bisher eine klare begriffliche und konzeptionelle Grundlage fehlt, die dieses Phänomen klar definiert. In dieser Arbeit sind mit Zivilgesellschaft private, freiwillige und nicht profitorientierte Zusammenschlüsse gemeint, z.B. Nachbarschaftskomitees, Interessengruppen oder nicht-staatliche Non-Profit-Organisationen aller Art (vgl. Foley/Edwards 1996).

13 Die Frage, wie förderlich das Engagement in diversen Organisationsstrukturen für die Integration ist, soll hier nicht weiter diskutiert werden, da es nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit ist, das politische Engagement normativ zu bewerten. Es sei jedoch angemerkt, dass sich auf der Basis empirischer Ergebnisse zeigt, dass Menschen, die sich in Migrantenselbstorganisationen engagieren, besser in die deutsche Gesellschaft integriert sind als die Nichtengagierten, auch wenn die Interpretation empirischer Ergebnisse nicht immer eindeutig ist (Cyrus 2005: 50 f.; vgl. auch Bergner/Galonska/Koopmans 2002).